



Amicale Internationale KZ Neuengamme - Erklärung -

Hamburgs Schande des Gefängnisses im einstigen KZ muß endlich ein Ende finden.

Auf Einladung des Präsidenten der Amicale Internationale KZ Neuengamme fand am 9. März 1996 in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine Beratung über die ausstehende Verlagerung der Justizvollzugsanstalt XII statt. Nach eingehender Aussprache erklärten die Teilnehmer, daß die seit 1948 anhaltende Nutzung der Gebäude und Anlagen des ehemaligen KZ Neuengamme als Gefängnis nicht weiter hinnehmbar sei. Es müsse als Skandal bezeichnet werden, daß trotz eines Senatsbeschlusses aus dem Jahre 1989 und entsprechender Zusagen an die KZ-Überlebenden noch immer keine sichtbaren Schritte zur Verlegung des Gefängnisses eingeleitet seien.

Während der denkwürdigen Veranstaltungen zum 45. und 50. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager, 1990 und

1995, erklärte der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg in aller Öffentlichkeit und in Anwesenheit hunderter ehemaliger KZ-Häftlinge, Hinterbliebener und Angehöriger, daß Senat und Bürgerschaft die Fehlentscheidung von 1948 korrigieren und das Gefängnis verlagern werden.

Mehr als sechs Jahre nach dem Verlagerungsbeschuß sollte endlich der Senat seinen Worten Taten folgen lassen. Der Senat kann unmöglich die Fehlentscheidung von 1948 mit ins nächste Jahrtausend übernehmen; damit würde er seine Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Die Teilnehmer der Beratung fordern deshalb von Senat und Bürgerschaft die Verabschiedung eines verbindlichen Terminplanes zur Realisierung ihrer Beschlüsse.

Die in der Amicale Internationale zusammengeschlossenen Überlebenden des KZ Neuengamme sind in sehr großer Sorge, ob

sie selber noch die Neugestaltung der Gedenkstätte erleben können. Dieser Ort, an dem sie Zehntausende ihrer Kameraden starben sahen und der einem Friedhof gleichkommt, muß mit der gebührenden Würde begegnet werden. Es sollte eine Stätte der Mahnung und Dokumentation von internationaler Bedeutung sein. Nicht nur die noch lebenden ehemaligen Häftlinge des KZ Neuengamme, sondern auch nachwachsende Generationen werden den Hamburger Senat aufgrund seiner Handlungen bewerten.

Damit die Inschrift an der Stele des Ehrenmals in Neuengamme mit Leben erfüllt wird:

„Euer Leiden, Euer Kampf und Euer Tod sollen nicht vergebens sein.“

Hamburg-Neuengamme, 9. März 1996

Ständige Ausstellung in restaurierter Gudensberger Synagoge eröffnet

von Ulrike Lange-Michael

Mehr als 300 Jahre lang prägten Menschen jüdischen Glaubens das Leben in der Kleinstadt Gudensberg mit, kamen zu Wohlstand und Ansehen, waren im örtlichen Parlament vertreten. Schließlich bauten sie Mitte des 19. Jahrhunderts eine große

Synagoge aus Stein, die 90 Jahre lang Mittelpunkt ihrer Gemeinde war.

Seit 1938 leben in Gudensberg keine Juden mehr. Sie wurden vertrieben, wanderten aus, viele starben in den Vernichtungslagern während der Nazizeit.

Die Synagoge wurde an einen Geschäftsmann verkauft, jahrzehntlang als Lager-

haus genutzt. Im Bewußtsein der Menschen war sie vergessen, verdrängt wie das gesamte düstere Kapitel der Judenvertreibung und -vernichtung.

Daß jetzt nach zehnjähriger Planungs- und Bauarbeit dieses Baudenkmal saniert, renoviert und mit neuen Nutzern der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann, ist Ergeb-



Denk-Mal von Dina Kunze am Eingang zur Synagoge: Der Durchbruch im Stein soll eine Öffnung zu Frieden und Toleranz symbolisieren. Foto: Hans-Peter Klein.



Blick auf die Empore der Synagoge mit der ständigen Ausstellung. Foto: Hans-Peter Klein.

nis vieler Diskussionen und teilweise harter Arbeit. Bürgermeister Paul Dinges, der am Dienstagabend bei der offiziellen Feier die Gäste begrüßte, ließ diese zehn Jahre seit dem ersten Antrag der Grünen-Fraktion im Stadtparlament Revue passieren.

Behutsam und vorsichtig habe man sich dem Thema nähern müssen, so Dinges. Denn die Akzeptanz in der Bevölkerung sei zunächst nicht vorhanden gewesen für ein Projekt wie die Rettung der ehemaligen Synagoge. Doch Parlament, Ausschüsse, Magistrat, der Arbeitskreis Synagoge und schließlich eine eigens gegründete Synagogenkommission suchten und fanden Lösungen.

Gedenkandachten fanden statt, eine Ausstellung zum Alltagsleben der Gudensberger Juden; schließlich wurde das Gebäude 1990 erworben und 1991 mit der Außensanierung begonnen. Mittel stellten das Land und der Kreis zur Verfügung, denn das Gebäude des jüdischen Architekten Albrecht Rosengarten wurde bereits 1985 unter Denkmalschutz gestellt. Land und

Kreis übernahmen letztlich 440.000 der 660.000 DM Gesamtkosten.

„Die Mühe und Arbeit haben sich gelohnt.“ Zu diesem Schluß kam am Dienstagabend nicht nur der Bürgermeister. Auch Landrat Jürgen Hassender freute sich über die gelungene Restaurierung, von der sich die Gäste an Ort und Stelle überzeugen konnten. Als einen „Ort der Erinnerung“ bezeichnete er das Gebäude, das bau- wie kulturgeschichtlich die bedeutendste erhaltene Synagoge im Schwalm-Eder-Kreis darstelle. Zum Öffnen für die und Lernen aus der Geschichte trage auch die Nutzung durch die Musikschule Schwalm-Eder Nord bei.

Daß die Schüler und ihre Lehrer gerne in ihre neuen Räume kommen werden, versicherte Gudrun Häusler, Vorsitzende der Musikschule. Schließlich habe sich Gudensberg nach Melsungen zum zweitgrößten Standort der Schule entwickelt.

Neben dem DRK-Ortsverein, der im Erdgeschoß untergebracht ist, beherbergt die ehemalige Synagoge auf der Galerie eine

ständige Ausstellung zur Geschichte der Gudensberger Juden, die von Hans-Peter Klein und dem Ehepaar Müller zusammengestellt wurde und noch ergänzt werden soll.

Einen besonderen Akzent setzte bei der Eröffnung die deutsch-israelische Künstlerin Dina Kunze, die ein Denk-Mal gestaltet hat. Es wurde am Dienstag am Eingang der Synagoge von der Hintergasse aus enthüllt.

Das Denkmal aus Sandsteinen soll das sich Öffnen zum Frieden und zur Toleranz symbolisieren und mit seinen deutschen und hebräischen Inschriften an die gemeinsamen Wurzeln erinnern. Als Kind zweier Auschwitz-Überlebender sieht Dina Kunze eine besondere Verpflichtung zur Gestaltung solcher Kunstwerke und Mahnmale.

(„Fritzlar-Homberger Allgemeine“ vom 9. November 1995)